



# NIEDERSCHRIFT

über die 17. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 08.06.2021,

Videokonferenz

Beginn: 17:02

Ende: 19:10



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Margit Frey

Dr. Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Sophia Maroc

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding



SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Prof. Dr. Hannes Kopf                      ab 17.59 Uhr              ab TOP 7 ö.S.

Florian Maier

Lisa Rocker

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Christian Gies

Rudi Klemm

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Daniel Emmerich

Tobias Schreiner



AfD

Norbert Herrmann

Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Ralf Bernhard

(Stadtbauamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Grewenig

(Stadtbauamt)

Stefan Joritz

(Rechtsamt)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Falk Pfersdorf

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Sonstige

Sandra Diehl

(Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)



Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

FWG

Hermann Eichhorn



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende wies auf folgende, nach Abschluss des Vorverfahrens eingegangene Anträge hin:

- Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Personalbedarf Stadtteilservice
- Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen GRÜNE, CDU und FDP; Mobilitätswende Horst und Queichheim
- Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Neuregelung der Radroute Queichheim-Mörlheim

Er schlage vor, diese noch als Tagesordnungspunkte 2, 3 und 4 der öffentlichen Sitzung aufzunehmen und auch abstimmen zu lassen. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

**Der Stadtrat stimmte dem einstimmig zu.**

Der Vorsitzende wies weiter auf einen Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 28. Mai 2021 hin, den Tagesordnungspunkt „Landau-Takt 2022“ vom nichtöffentlichen in den öffentlichen Sitzungsteil zu ziehen. Diesem Antrag könne man als Verwaltung nicht stattgeben. Von Seiten der Stadt wolle man die größtmögliche Transparenz und Öffentlichkeit. Daher wurde in einem sehr frühen Verfahren in allen Ortsbeiräten öffentlich und transparent informiert, diskutiert und Anregungen aufgenommen und eingearbeitet.

Das Vergaberecht lasse aber zum jetzigen Zeitpunkt keine öffentliche Beratung zu. Dies könne ein Grund für die rechtliche Anfechtung des Verfahrens sein. Dies hätte zur Folge, dass das Verfahren aufzuheben und neu zu starten wäre. Dieser dann entstehende zeitliche Verzug würde dazu führen, dass das neue Bussystem nicht im Dezember 2022 in Betrieb gehen könne.

Ratsmitglied Dr. Migl erläuterte den Antrag ihrer Fraktion auf Änderung der Tagesordnung. Es gebe ja schon veröffentlichte Daten in erheblichem Umfang, die auch zugänglich seien. Die Bürgerinnen und Bürger sollten ja das Busangebot nutzen, daher sei auch eine öffentliche Beteiligung sehr wichtig. Man sollte auch Vertrauen in die Ratsmitglieder haben, dass sie verantwortungsvoll damit umgehen. Der Oberbürgermeister sollte Mut haben, dies zuzulassen.

Der Vorsitzende bestätigte, dass alles was veröffentlichbar war, auch veröffentlicht sei. Das Gesamtkonzept aber sei nicht veröffentlicht. Dies sei auch keine Frage des Mutes, die Verwaltung halte sich an das Recht. Es gehe auch nicht um schutzwürdige Interessen, sondern um Wettbewerbsfragen. Wenn man die Verwaltungsspitze überstimme, dann trage der Stadtrat hierfür die Verantwortung.

Ratsmitglied Maier wies darauf hin, dass es im Amtsblatt der Europäischen Union bereits eine Vorabinformation gebe. Diese beruhe auf einem Konzept von planmobil. Mittlerweile gehe es aber um etwas ganz anderes, es sei nicht mehr das gleiche Konzept wie 2019. Man stimme dem Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion zu.

Der Vorsitzende erwiderte, dass es heute nicht um die Vergabeentscheidung, sondern um die Rahmenbedingungen der Ausschreibung gehe. Die Vergabe werde dann im öffentlichen Bereich stattfinden.



Ratsmitglied Freiermuth konnte teilweise die Bedenken wegen rechtlicher Probleme nachvollziehen. Aber im Namen ÖPNV stehe ja schon Öffentlichkeit drin. Mit diesem Verfahren aber, sei die Öffentlichkeit außen vor.

Der Vorsitzende betonte nochmals, dass man heute nicht die Vergabe beschließe, sondern nur die Grundlagen der Ausschreibung.

Ratsmitglied Saßnowski war der Meinung, dass dies ein großer Wurf sei, den man hier vorbereite. Die Bürgerinnen und Bürger seien durch Informationsveranstaltungen, Presseinformationen und auch die Ortsbeiratssitzungen sehr wohl informiert. Als GRÜNE-Stadtratsfraktion wolle man diese Verbesserungen im Busangebot. Man sei nicht bereit, dies wegen eines Verfahrensfehlers aufs Spiel zu setzen.

Ratsmitglied Burgdörfer sprach von einem wichtigen Anliegen. Man sehe die Gefahr, dass in einer öffentlichen Diskussion Details bekannt werden, die nicht bekannt werden dürften. Die Diskussion sei nur dann interessant, wenn es auch um Details gehe. Zum schnellstmöglichen Zeitpunkt wolle man dann die Öffentlichkeit mitnehmen.

Ratsmitglied Schreiner erklärte, dass das Buskonzept dann überzeugen werde, wenn das Netz gut ausgebaut werde. Das Anliegen der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion sei für ihn nachvollziehbar. Es dürften hier aber keine Fehler passieren, dafür sei das Konzept zu wichtig.

Ratsmitglied Silbernagel sprach sich ebenfalls gegen den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion aus. Die Verwaltung habe schon nachvollziehbar dargelegt, warum die Beratung im nichtöffentlichen Teil erfolgen müsse.

Beigeordneter Hartmann dankte den Fraktionen, die Verständnis für die Situation der Verwaltung hätten. Alle anderen Gebietskörperschaften um uns herum, hätten genauso verfahren. Er sichere nachdrücklich zu, dass man, sobald dies möglich sei, in aller Breite in der Öffentlichkeit darüber reden werde.

**Der Stadtrat lehnte den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion auf Änderung der Tagesordnung mehrheitlich mit 16 Ja- und 27 Nein-Stimmen ab.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Personalbedarf Stadtteilservice  
Vorlage: 101/600/2021
3. Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen GRÜNE, CDU und FDP;  
Mobilitätswende Horst und Queichheim  
Vorlage: 101/601/2021
4. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Neuregelung der Radroute Queichheim-Mörlheim  
Vorlage: 101/602/2021



5. Baulandstrategie 2030; Neubaugebiet BPlan G4 „Wollmesheimer Höhe Süd“  
Vorlage: 230/455/2021
6. Vergabe von Baumpflegearbeiten im Rahmen eines Rahmenvertrages über zwei Jahre  
Vorlage: 350/192/2021
7. Aufsuchende Sozialarbeit für wohnungslose Menschen; Auftragsvergabe  
Vorlage: 500/062/2021
8. Verschiedenes





Öffentliche Sitzung



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

**Einwohnerfragestunde**

Von den zugeschalteten Einwohnerinnen und Einwohnern gab es keine Fragen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Personalbedarf Stadtteilservice

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 18. Mai 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Sögding begründete den Antrag. Es habe sich gezeigt, dass es in den Stadtteilen teilweise deutliche Unterschiede bei der Besetzung der Stellen der Stadtteilarbeiter gebe. Die Ortsteile würden aber größer werden und damit steige auch der Pflegebedarf. Um die Belastungen der Stadtteilarbeiter und auch der Überstunden zurückzufahren, beantrage man, den Stellenanteil um eine Stelle zu erhöhen. Damit könne man eine Anpassung in Mörlheim um eine 0,25-Stelle und eine weitere gFB-Kraft mit 0,75 schaffen. Im Jahr 2022 solle in einem zweiten Schritt aus den drei gFB-Stellen eine weitere Stelle werden.

Der Vorsitzende unterstrich, dass der Bedarf von Seiten der Verwaltung anerkannt sei. Letztlich gehe es um die Verteilung dieser zusätzlichen Stellenanteile. Der hier gemachte Vorschlag sei durchaus nachvollziehbar.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass man sich grundsätzlich einig sei, dass es diesen Bedarf gebe. Im Moment würden sich Dammheim und Mörlheim eine Stelle teilen. Der Vorschlag der Fachabteilung sehe anders aus als der Vorschlag der CDU-Fraktion. Die Fachabteilung schlage nämlich vor, dass Mörlheim und Dammheim je auf eine 1,0-Stelle gehoben werden solle. Der Ortsbeirat Dammheim bestehe auf dieser 1,0-Stelle für Dammheim. Man bekomme hier den Eindruck, dass Dörfer mit CDU-Ortsvorstehern bevorzugt werden sollten.

Der Vorsitzende erläuterte, dass immer nur der Beschlussvorschlag beschlossen werde. Die Verwaltung mache dann auf der Grundlage des Beschlusses einen Verfahrensvorschlag.

Ratsmitglied Saßnowski freute sich, dass durch diesen Antrag die Ungleichheit in Mörlheim behoben werde. Dies sei ein erster, wichtiger Schritt. Es sei sicher noch keine Ideallösung, aber ein erster Schritt auf dem Weg. Man finde es gut, dass die gFB-Stellen in eine feste Stelle umgewandelt werden sollen. Es tue gut, wertvolle Arbeitsplätze zu schaffen. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion dem Antrag grundsätzlich zu. Er sehe hier allerdings keinen nachvollziehbaren Schlüssel. Wünschenswert wäre, wenn jedes Stadtdorf eine 1,0-Stelle bekommen würde.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass es unstrittig sei, dass mehr Personal gebraucht werde. Dafür habe sie sich auch immer eingesetzt. Sie bitte daher, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei sicherlich möglich, hier eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Sögding stellte klar, dass es zunächst nur darum gehe, Mörlheim gleich zu stellen.

Der Vorsitzende hielt es für wenig erbaulich, sich jetzt gegenseitig Stellenanteile um die Ohren zu hauen. Beschlossen werde nur der Antragstext, nicht die Begründung. Man



werde als Verwaltung dann einen Lösungsvorschlag machen. Die schlechteste Lösung wäre nichts zu machen.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass die SPD zustimmen werde, wenn man nur den Beschluss abstimme.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Im Zuge der Haushaltsberatungen der Stadt Landau in der Pfalz und des zugehörigen Genehmigungsverfahrens soll der Vorstand des EWL für den Bauhof in der Sparte Stadteilservice**

1. den Stellenplan schnellstmöglich um eine 1,0-Stelle EG3 zu erhöhen,
2. ein zusätzliches Fahrzeug im Wirtschaftsplan zu berücksichtigen,
3. in 2022 die bestehenden 3 gFB-Stellen (geringfügig Beschäftigte/r) in eine 0,5-Stelle EG3 umzuwandeln.



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### **Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen GRÜNE, CDU und FDP; Mobilitätswende Horst und Queichheim**

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der Stadtratsfraktionen von GRÜNE, CDU und FDP vom 31. Mai 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Heidbreder begründete den Antrag. Die Koalition wolle mit diesem Antrag das Thema Klimamobilität in einen größeren Zusammenhang stellen. Das Gebiet des Horst biete sich im Zusammenhang mit dem Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ an. Wenn man den Horst in den Blick nehme, dann biete sich natürlich auch Queichheim zwangsläufig an. Insgesamt würden ja bereits sehr viele gute Ideen auf dem Tisch liegen. So sei für die GRÜNE-Stadtratsfraktion auch der Antrag der LINKE-Fraktion zustimmungsfähig.

Der Vorsitzende erklärte, dass aus Sicht der Verwaltung dieser Antrag zur rechten Zeit komme. Man könne dies mit dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“ zusammenführen. Dies sei ein gutes Beispiel für ganzheitliche Stadtentwicklung.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen des Integrierten Mobilitätskonzepts sowie weitere, die den Fuß- und Radverkehr fördern, für Horstring und Queichheim zusammenzustellen und den städtischen Gremien zur Umsetzung im Jahre 2022 vorzulegen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Neuregelung der Radroute Queichheim-Mörlheim

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion vom 1. Juni 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schreiner begründete den Antrag. Er freue sich, dass Mobilität nicht nur in der Innenstadt stattfinde, sondern auch auf die Außenbereiche ausgedehnt werde. Man wolle, dass die Verwaltung prüfe welche Möglichkeiten es gibt, um die Woogstraße und die Alte Hintergasse für den gegenläufigen Radverkehr zu öffnen. Die momentane Situation in diesem Bereich sei ungünstig.

Ratsmitglied Doll erklärte, dass der Ortsbeirat Queichheim an Ideen am Radwegenetz arbeite. Die Idee der LINKE-Fraktion sei schon vor 10 Jahren im Ortsbeirat diskutiert worden. Bei mehreren Begehungen vor Ort, auch mit der Polizei, sei festgestellt worden, dass eine Öffnung dieser Straßen ein hohes Gefahrenpotential hätte. Einem Prüfauftrag werde sich die CDU-Stadtratsfraktion aber nicht verweigern.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dass die Verwaltung die Verkehrssituation für Radfahrerinnen und Radfahrer im Bereich Woogstraße, Zum Queichanger und Alte Hintergasse auf eine alternative Routenführung des Radverkehrs hin prüfen soll.  
Hierbei soll geprüft werden welche Möglichkeiten bestehen, die Woogstraße und die Alte Hintergasse für den gegenläufigen Radverkehr zu öffnen und ob bauliche Anpassungen an der Straße Zum Queichanger nötig sind, um diese für Radfahrende überquerbar zu machen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Baulandstrategie 2030; Neubaugebiet BPlan G4 „Wollmesheimer Höhe Süd“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 27. April 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Verhandlungen seien erfolgreich gewesen, man habe mit allen betroffenen Eigentümern Kaufverträge schließen können. Das Areal könne jetzt entwickelt werden. Man habe für alle gleich faire Bedingungen geschaffen. Es sei dies ein Meilenstein in der Stadtentwicklung.

Ratsmitglied Lerch schloss sich der Einschätzung des Oberbürgermeisters an, dass man hier einen Meilenstein setze mit der Entwicklung auf der Wollmesheimer Höhe. Die Wohnungsnot sei auch in Landau deutlich spürbar, gerade beim bezahlbaren Wohnbau. Auch die CDU sei immer für Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Aber auch dies stoße an seine Grenzen. Daher brauche man Bauflächen, um die Bedarfe zu befriedigen. Man wolle eine verdichtete Bauweise, um den Flächenverbrauch zu minimieren. Zudem wolle man ökologische Ziele beim Bau und bei der Mobilität umsetzen. Es gebe immer Abwägungen zu treffen der verschiedenen Ziele und Interessen. Mit diesem Schritt schaffe man Wohnraum für die Bürgerinnen und Bürger Landaus und man sichere sich mit dem Flächenankauf Steuerungsmöglichkeiten. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Kleemann erklärte, dass es sehr wohl Leerstand in der Kernstadt gebe. Dieser sei sicher nicht immer einfach reaktivierbar, aber möglich sei es. Man lehne nach wie vor die Entwicklung im Außenbereich ab. Daher werde die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion mit Nein stimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

1. Die Kaufpreise für die Grundstücke, die die Stadt innerhalb des Bebauungsplangebietes G4 „Wollmesheimer Höhe Süd“ erworben hat, werden ausgezahlt.
2. Die überplanmäßig erforderlichen Mittel werden im Vorgriff auf den Nachtrag 2021 zur Verfügung gestellt.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Vergabe von Baumpflegearbeiten im Rahmen eines Rahmenvertrages über zwei Jahre**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 27. Mai 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Vergabe von Baumpflegearbeiten auf städtischen Flächen im Rahmen eines Rahmenvertrages über zwei Jahre an die Firma Nürnberger Baumpflege aus Nürnberg mit einer Auftragssumme in Höhe von 151.211,63 Euro brutto zuzustimmen.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

### **Aufsuchende Sozialarbeit für wohnungslose Menschen; Auftragsvergabe**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 25. Mai 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Burgdörfer war der Meinung, dass sich die aufsuchende Sozialarbeit in Landau bewährt habe. Bei all dem Sparzwang sei es wichtig, die sozialen Anliegen der Stadt zu berücksichtigen. Streetwork sei Mitmenschlichkeit, gut angelegtes Geld das man zusätzlich in die Hand nehme. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schwarzmüller erklärte die Zustimmung der SPD-Stadtratsfraktion.

Bürgermeister Dr. Ingenthron unterstrich, dass man sich auf einen guten und erfolgreichen Weg gemacht habe. Er sei dankbar, dass man heute diese personelle Verstärkung beschließe. Es zeichne eine starke Gesellschaft aus, sich um die Schwachen zu kümmern.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt diese Vorlage für sehr sehr notwendig. Es gehe hier um eine zeitintensive und nervenaufreibende Arbeit. Sie hätte es lieber gesehen, wenn man die Stellen verwaltungsintern besetzt hätte. Dennoch stimme die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Auftrag zur Durchführung der aufsuchenden Sozialarbeit für Wohnungslose Menschen wird dem Caritasverband für die Diözese Speyer e. V. / Caritas Zentrum Landau, zu Gesamtkosten in Höhe von 83.550,95 € im Jahr 2021, erteilt. Die Projektlaufzeit beträgt zunächst 24 Monate.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte, dass man die Stadtratssitzung am 6. Juli 2021 wieder in Präsenz durchführen wolle. Bei dieser Sitzung wolle man auch erstmals ein Live-Streaming anbieten. In der Festhalle wolle man dies mal als Testlauf durchführen. Auch die Sitzung des Hauptausschusses am 22. Juni 2021 werde in Präsenz stattfinden.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, inwiefern aufgrund der sich entspannenden Coronalage die Öffnung der Verwaltung geplant sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man im Moment ein gutes System durch die Online-Terminvergabe habe. Durch die Verteilung der Verwaltung auf verschiedene Stellen in der Stadt habe man aber auch besondere Herausforderungen.

Ratsmitglied Silbernagel wies auf Probleme in verschiedenen Straßen im Stadtgebiet nach dem Starkregen hin. Wurden hier seitens des EWL Vorkehrungen getroffen?

Der Vorsitzende erwiderte, dass Starkregenvorsorge ein großes Thema in der Verwaltung sei.

Ratsmitglied Saßnowski sprach die Nutzung des Luca-App-Programms an. Sie fragte, ob auch die Stadt offiziell die Luca-App nutze.

Der Vorsitzende betonte, dass das Land alle Gesundheitsämter aufgefordert habe, die Luca-App zu nutzen. Das Gesundheitsamt habe nun mitgeteilt, dass Einrichtungen in Landau die Luca-App nutzen können. Die Verwaltung nutze die Luca-App bisher nicht.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Auskunft zum Stand des Verfahrensstreits mit der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz wegen der Kosten für die Coronaambulanz.

Der Vorsitzende erläuterte hierzu.



Die Niederschrift über die 17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 08.06.2021 umfasst 18 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 72.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Lukas Hartmann  
Beigeordneter

Alexander Grassmann  
Beigeordneter